

Manuskript

Juliana Ströbele-Gregor, Mai 2001

**Kritische Partizipation oder Konfrontation? - Indígena-Organisationen in den
Andenländern**

in

**Sabine Kurtenbach/ Mechthilde Minkner Bünjer/Andreas Steinhilf (Hg.):
Die Andenregion - neuer Krisenbogen in Lateinamerika
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde
Frankfurt am Main, Verfuert, (2001 im Druck)**

(Zitieren nur nach Rücksprache mit der Autorin)

Vorbemerkung

Indígena gehören seit den 90er Jahren zu den wichtigsten sozialen Bewegungen in Lateinamerika. Nicht wenige Beobachter sehen hier eine innovative Kraft, die in Analogie zur alten These von der führenden Rolle der Arbeiterklasse, neue historische Akzente setzt. Im CIA hingegen sieht man sie als potentiellen Destabilisierungsfaktor (Alemancia 2001). Als im April 1990 die vom ecuatorianischen Dachverband Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador¹ (CONAIE) angeführten Indígena eine Woche nahezu das gesamte Land lahmlegten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, war dies wie eine Auftakt für die zukünftige Präsenz dieser Teile der Bevölkerung auf der politischen Bühne von Mexiko bis Chile.

Lokale, regionale und nationale Verbände mobilisieren für Protestmärsche, sie organisieren die Besetzungen von Erdölbohrstellen und Staudamm-Großprojekten, in Zusammenarbeit mit NROs bringen sie Biopiraterie, illegalen Holzschlag und Umweltzerstörungen ans Licht der Öffentlichkeit und decken die Komplizenschaft staatlicher Institutionen auf. Ihre Forderungen reichen von Land- und Ernährungssicherheit, Agrarreformen, Recht an den Naturressourcen, Anerkennung und Förderung ihrer Kulturen bis hin zu selbstverwalteten Territorien und Autonomie. Selbständig oder mit externen Partnern führen sie Programme der zweisprachigen interkulturellen Schulbildung, der kulturell angepassten Gesundheitsversorgung, Rechtshilfe und nachhaltigen Landwirtschaft durch. Sie gründen eigene politische Parteien, beteiligen sich an regionaler Entwicklungsplanung; stellen Parlamentarier, Bürgermeister, Kreisverwaltungen, in Kolumbien Senatoren und einen Gouverneur. Sie agieren in internationalen Gremien, wo sie Unterstützung für ihre Forderungen suchen. Und sie haben Reformen von Landesverfassungen und Gesetzen bewirkt. Stellt sich da noch die Frage nach ihrem Mobilisierungspotential?

Die Präsenz der Indígena-Bevölkerung im politischen Leben der lateinamerikanischen Länder beginnt bekanntlich nicht erst im ausgehenden 20. Jahrhundert. Wenn sich Führungspersonlichkeiten aus der Indígena-Bewegung in die Tradition des antikolonialen Widerstandes stellen, so drückt sich darin eine tatsächlich tief verwurzelte kollektive Erinnerung an die Kämpfe gegen die Landvertreibung aus, die bis zur Kolonialzeit zurückreicht. Dennoch entstanden die meisten Organisationen, die sich in ihrem Selbstverständnis auf ihre indigene Identität berufen, erst seit Beginn der 70er Jahre. Vorkämpfer im politischen und ideologischen Feld sind dabei die Organisationen in Mexiko, Guatemala und den Andenländern, also in jenen Staaten, in denen der Großteil der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas lebt.

Die Konstruktion des neuen politischen Subjektes *Pueblo Indígena*, *Pueblo Originario* oder *Nacionalidad* entstand im Rahmen gesellschaftlicher Prozesse in modernen Staaten, in denen koloniale Strukturen der Ausgrenzung und Benachteiligung der *Indios*- trotz oftmals demokratischer Staatsverfassungen - noch nicht überwunden sind. Die Diskrepanz zwischen dem nationalstaatlichen Integrationsversprechen und der von Rassismus geprägten Lebenswirklichkeit der ländlichen und städtischen Bevölkerung indigener Herkunft begründet eine Identitätssuche und den Erfolg des indianistischen Diskurses (vgl. Ströbele-Gregor 1992; 1997, Diskin 1992)².

¹ "Dachverband der indigenen Nationalitäten von Ecuador".

² Aus situationalistischer und/oder konstruktivistischer sozialanthropologischer Perspektive lassen sich die Organisationen 'indigener Völker' als Interessengemeinschaften verstehen, die aus jenen Gruppen der

In diesem Aufsatz soll es darum gehen, der Frage der politische Bedeutung von ethnisch-politischen Organisationen in den Andenländern, also von Organisationen, die ein Selbstverständnis vertreten, das sich auf ihre ethnische bzw. kulturelle Identität bezieht, nachzugehen. Im Mittelpunkt wird dabei der Zeitraum der 90er stehen. Eine Beurteilung der Entwicklung der Organisationen erfordert jedoch einen Rückblick auf die 70er und 80er Jahren, um Unterschiede und Kontinuitäten herauszuarbeiten. Vor allem soll gefragt werden, welche Ziele die Organisationen zu Beginn der 21. Jahrhunderts verfolgen, welchen Rückhalt sie haben und ob und inwiefern sie einen Beitrag zur Eskalation der Krise in den Andenländern leisten oder zur Regulierung und eventuell zur Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses beitragen.

Die Betrachtung zielt auf das Aufspüren allgemeiner Tendenzen in den Andenländern, nicht auf die Analyse einzelner Länderbeispiele - wenngleich ich mich auf konkrete Beispiele - vorrangig aus Bolivien, Ecuador und Peru - beziehen werde; aber auch Kolumbien wird im Blickfeld sein.

I. Land und Identität - Organisationsprozesse in den 70er und Anfang der 80er Jahre

Die Landfrage war die Gravitationsachse der sich formierenden indigenen Bewegung dieser Zeit. Denn die von reformistischen oder revolutionären Regierungen durchgeführten Agrarreformen bewirkten zwar eine vorübergehende Verbesserung der Lebensverhältnisse eines Teiles der Bauernschaft, doch brachten sie keine längerfristige Lösung.

Vielfach entstanden diese Organisationen aus Vereinigungen, deren Mitglieder sich als Kleinbauern definierten und deren Rhetorik die Verbindungen zur Arbeiterbewegung und zu marxistischen Parteien widerspiegelte. Die kulturelle Dimension, die hingegen weiterhin die sozialen Beziehungen und Strukturen innerhalb der Dorfgemeinschaften bestimmten, galten noch in den 70er Jahren vielfach als Relikte von Traditionen und hatten kaum eine Präsenz auf der politischen Ebene.

Angesichts der Unfähigkeit der Staaten, die Versprechen einer vollständigen Integration der indianischen Bevölkerung umzusetzen, wurde deren anfängliche Bereitschaft zur Identifikation mit dem mestizischen Staatsmodell immer brüchiger. Die Suche nach einer eigenen politischen Identität wurde nicht zuletzt verstärkt durch Erfahrungen der ethnischen Diskriminierung auch in linken politischen Organisationen sowie von Konflikten mit dem Führungs- und Hegemonieanspruch von marxistischen Parteien und Arbeitergewerkschaften.

Ambivalente Folgen staatlicher Modernisierungsstrategien in den 70er Jahren

Der von den Staaten vorgegebene Rahmen, der die Handlungsfelder absteckte, war das nachholende Modernisierungs- und Entwicklungsmodell innerhalb eines zu

Bevölkerung in ehemaligen kolonialen Gesellschaften hervorgingen, die bis in die Gegenwart marginalisiert und diskriminiert werden. Zum Auf- bzw. Ausbau eines "Wir-Gruppen-Verständnisses" werden kulturelle Symbole genutzt, und mittels ethnischer Diskurse sollen die besonderen Interessen begründet, artikuliert und eine breite Mobilisierung erreicht werden.

konsolidierenden Nationalstaats. Als ideologischer Überbau dazu diente weiterhin das Projekt des mestizischen Nationalstaates mit seinem Versprechen der Integration der "ehemaligen indios" als gleichgestellte Bürger. Aus dem Blickwinkel herrschender Gesellschaftsgruppen mußte es darum gehen, Produktionsweisen auf dem Land, die als hinderlich für den Fortschritt betrachtet wurden, zu überwinden bzw. zu modernisieren. Gemeint war das Haciendasystem und die zu schwach in den Markt integrierten indianischen Gemeinschaften. Eine weitere Aufgabe war die Erschließung und Inwertsetzung des tropischen Tieflandes, des "menschenleeren", aber ressourcenreichen Amazoniens. Nationbildung, Modernisierung der Wirtschaft und des ländlichen Raumes erforderten neue Agrargesetze und den Auf- und Ausbau des Schulwesens, insbesondere auch auf dem Lande, von wo aus immer mehr Menschen in die Städte strömten auf der Suche nach Arbeit und Einkommen.

Für die indianische Bevölkerung war dieser Modernisierungsprozess ambivalent. Die ländliche Bevölkerung sah sich mit Agrargesetzen - Agrarreformen - konfrontiert, die ihren Bedürfnissen nicht entsprachen, weder ihre kulturell geprägten sozialen Strukturen berücksichtigten noch mittelfristig das Überleben als Klein- oder Kooperativbauern sicherten. Doch die Lage einzelner Gruppen oder in einigen Regionen verbesserte sich nach solchen Agrarreformen für einen begrenzten Zeitraum. Danach war die Migration in die städtischen Zentren oder Urwaldregionen eine der wenigen Optionen.

Im Diskurs des Mestizaje wurden die alten indianischen Kulturen aufgewertet und als "nationales Erbe" vereinnahmt. Die "malerischen" Teile der bestehenden Traditionen wurden zur nationalen Folklore erhoben - und damit auch ein Stück weit vor dem Vergessen bewahrt. Alles Übrige wurde als rückständig verachtet. Eines der wirksamsten Instrumente staatlicher Assimilationsstrategie ist der Schulunterricht. Nichtsdestoweniger erfüllte sich damit eine jahrzehntelange Forderung der Indígena. Die Vermittlung rudimentärer Kenntnisse der spanischen Sprache, "westlicher" Denkweisen und Wertvorstellungen zielte zwar auf eine systematische Entfremdung von der eigenen Kultur. Dennoch forderten und förderten die Dorfgemeinschaften Schulen - sie hatten hart darum gekämpft.

Die Wälder Amazoniens wurden wieder einmal freigegeben für die Ausplünderung. Diesmal ging es um Erdöl, Gas, Holz und Bergbau, an denen sich nationale, vor allem aber internationale Unternehmen bereicherten. Die Ureinwohner werden seitdem zu Opfern von Umweltzerstörung und Vertreibung. Ein Recht auf Territorium existiert nur in Kolumbien, Landtitel werden nur zögerlich und nicht in Größenordnungen vergeben, die ihrer Reproduktionsweise angepasst sind. Wo Indígena im Wege sind, wurden und werden sie trotz Landtiteln vertrieben.

Das ländliche Schulwesen und verbesserte Infrastruktur ermöglichten eine engere Land-Stadtbeziehung und damit Austausch von Erfahrungen. Eine neue indigene Führungsschicht wuchs heran, die den Organisationsprozess anschob. Sie wurden Mittler zwischen ländlicher und städtischer Lebenswelt, Übersetzer "westlicher" Diskurse, Organisations- und Verhandlungsformen, die sie in Gewerkschaften und Parteien kennengelernt hatten. Sie beherrschten die Kommunikation mit externen Unterstützern, Geberinstitutionen und Regierungsvertretern. Im Umgang mit kreolischen städtischen Gesellschaftsschichten erfuhren sie verschärft den Rassismus, was ihre politischen Diskurse vielfach prägte.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten in den Rahmenbedingungen gibt es doch in einzelnen Ländern entscheidende Unterschiede beim Organisationsprozess, im Selbstverständnis und auch in den Handlungsschwerpunkten, wie folgende drei Beispiele zeigen. Sie sind bedeutsam zum Verständnis der späteren Entwicklungen in den 90er Jahren:

In **Ecuador** hatten die unter dem Einfluß insbesondere sozialistischer und kommunistischer Parteien seit Jahrzehnten kämpfenden Bauernorganisationen 1964 und 1973 moderate Agrarreformen erreicht, bei denen die alten Abhängigkeiten und Arbeitsbedingungen im Huasipungo-System abgeschafft wurden und betroffene Bauern ihre kleine Parzelle zugesprochen erhielten. Landarbeiter und "freie" Dorfgemeinschaften gingen leer aus. Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf dem Land trieb zur massenhaften Migration. Der Ausbau des Schulwesens im Zuge der staatlichen Modernisierungsstrategien, mit dem die Assimilierung und der Bruch mit der kulturellen Lebenswelt der Indígenas durchgesetzt werden sollten, konnte dieses Ziel nicht vollständig erreichen. Vielmehr wuchs eine neue Führungselite in den Dörfern heran mit einer starken ethnischen Identität. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurde die erste überregionale Organisation "von Indios für Indios" geschaffen, die sich einen Quechuanamen gab, der: "Das Erwachen des ecuatorianischen Indio" (kurz: Ecuarunari) bedeutet. Diese umfaßt regionale Organisationen, die in ihrer Führung und dörflichen Basis vom neuen Typus indigener Führungspersonlichkeiten geprägt sind (Frank 1992).

Auch im ecuatorianischen Amazonien entstand in den 70er Jahren die erste mächtige und kämpferische Organisation, die *Federación Shuar*. Diese Organisation, die - wie viele Organisationen im Tiefland - ihre Entstehung kirchlichen Missionen verdankt und sich in mühsamen Prozessen aus deren Bevormundung befreien mußte, setzte sich gegen die verheerenden Auswirkungen des Ölbooms, der Holzausbeutung und der Verteilung ihres Lebensraumes an Migranten zur Wehr. Diverse andere ethnische Organisationen des Tieflandes schlossen sich mit der *Federación Shuar* zum Regionalverband *Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana* (CONFENIAE)³ zusammen. Angesichts der Notwendigkeit einer starken Interessenvertretung gegenüber dem Staat, aber auch aus dem Bedürfnis nach einer Gesellschaftsvision, die alle ethnischen Gruppen umschließt, begann ein Annäherungsprozess zwischen Hochland- und Tieflandorganisationen, aus dem 1985 die berühmte CONAIE hervorging. Damit wurde eine parteiunabhängige, mächtige nationale Organisation aufgebaut, in der sich das indianistische Selbstverständnis vollständig durchsetzte. Kernpunkt ist eine Selbstdefinition der ethnischen Gruppen als "Nationalitäten", mit der die eigene historisch-kulturelle Identität und die Ablehnung des Mestizaje-Projektes zum Ausdruck gebracht wird. Im Kooperativenprogramm der Organisationen in den 60er und 70er Jahren, das die kollektive (kommunale) Wirtschaftsform der Natur der Indígena zuschreibt, kam diese Hinwendung zur Identität als Indígena früher als in den Nachbarländern zum Ausdruck. Die Anerkennung und Wiederbelebung der eigenen Kulturen und Identitäten und die Landfrage waren Schwerpunkte der ecuatorianischen Organisationen der 70er und 80er Jahre. Dazu gehörte die Forderung nach zweisprachiger interkultureller Erziehung zur Förderung der autochthonen Sprachen und Kulturen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre

³ "Dachverband der indigenen Nationalitäten Amazoniens von Ecuador".

formulierte CONAIE jene Ziele, die bis heute Gültigkeit haben - und von denen ansatzweise einige bereits nationale Politik geworden sind (siehe weiter unten).

Die Entwicklung in **Bolivien**⁴ unterscheidet sich von derjenigen in Ecuador in vier Bereichen:

1) Die zeitweise direkte Einbindung der Bauernbewegung in das staatliche Modernisierungsprojekt:

Die Errungenschaften der Nationalen Revolution von 1952, d. h. die Verleihung der Staatsbürgerrechte, eine radikale Landreform, die Entmachtung der alten Oligarchie sowie der Aufbau des Schul- und Gesundheitswesens erzeugten eine besondere Loyalität der ehemaligen Indios gegenüber dem "Revolutionären Nationalstaat" und der Partei, die die Revolution angeführt hatte. Der Begriff *Indio* wurde aus dem Vokabular gestrichen, und die Klassenzugehörigkeit bestimmte die politische Identität.

Neu eingeführte syndikale Organisationsstrukturen überlagerten sich mit traditionsverbundenen Strukturen der andinen *Comunidades*. Kontroll- und Kooptionsmechanismen drängten die unabhängigen Bauernorganisationen bis in die 70er Jahre immer weiter ins Abseits, so der von Diktator Barrientos (1964-1969) gegründete Militär-Bauernpakt (der noch bis in die 80er Jahre aufrechterhalten wurde) und die Instrumentalisierung zahlloser neuer officialistischer Verbände im "Kampf gegen den Kommunismus" und gegenüber den revolutionären Plänen der Guerilla von Che Guevara.

2) Die ausgeprägte andine Subkultur in den Städten La Paz und Cochabamba ist bis heute ein Fundament für das Fortbestehen eigenständiger kultureller Identitäten. Dazu gehören auch intellektuelle indianistische⁵ Zirkel und Kulturvereine, wo, neben der Kulturpflege und dem Ausbau sozialer Netzwerke auch zur ländlichen Herkunftsregion und -gemeinschaft, gesellschaftliche Visionen und politische Programme entworfen werden. So manche politische indianistische Partei der 80er und 90er Jahre hat hier ihren Ausgangspunkt, und von hier kamen nicht selten die Mittlerpersönlichkeiten.

3) Die Völker Amazoniens und des östlichen Tieflands Boliviens beginnen sich erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre politisch zu organisieren und sind erst ab 1990 eine ernstzunehmende politische Kraft.

4) In den ausgehenden 60er Jahren entsteht die Bewegung Tupac Katari, eine Bewegung sui generis, in der sich aymarasprachige Bauern und MigrantInnen engagierten. Sie stellte eine Verbindung von drei Organisationsfeldern dar. Die zentralen Politikfelder entsprangen daraus: Die - Wiederaufnahme - der Landfrage kam aus der unabhängigen gewerkschaftlichen Strömung; die Frage der kulturellen Identität setzten vor allem die indianistischen Studenten- und Intellektuellengruppen der Migranten in der Stadt La Paz auf die Tagesordnung, und die Demokratieforderung erhob die sozialistisch orientierte, parteipolitische Strömung.

⁴ Zur Entwicklung in Bolivien verweise ich auf eigene ausführlichere Analysen und die dort angegebene Literatur. Siehe Ströbele-Gregor 1989;1992; 1994a; 1994b; 1997.

⁵ Der Indianismus ist nicht zu verwechseln mit dem Indigenismus in seinen verschiedenen Ausformungen, etwa den verschiedenen Varianten eines staatlichen Indigenismus oder des literarischen Indigenismus. Kennzeichen aller dieser Formen des Indigenismus ist es, dass es sich um Ideologien handelt, die von "Nicht-Indigena" stammen.

Damit flossen sowohl indianistische Ideologien (z.B. Fausto Reinaga) als auch Positionen der politischen Linken in die Kataristenbewegung ein (Hurtado 1986) und vermischten sich mit Weltbildern und sozialen Organisationsformen der Aymara- und Quechuabauern.

Ergebnis war ein undogmatisches indianistisch-sozialistisches und demokratisches Selbstverständnis, in dem sich "Tradition" und "Moderne" verbanden, was jedoch keineswegs immer konfliktfrei verlief. Organisatorischer Ausdruck dieser Bewegung ist der in den 70er Jahren gegründete Dachverband der Bauern und Landarbeiter *Confederación Sindical Unica de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB)⁶, außerdem zahlreiche indianistische Parteien seit den 80er Jahren. Die Beteiligung vieler Aktivisten am Kampf gegen die Diktaturen der 70er und Anfang der 80er Jahre und die herausragende Rolle ihres Führers Jenaro Flores als Organisator des Widerstandes aus dem Untergrund verschaffte der Kataristenbewegung endgültig landesweite politische Anerkennung. Bis 1982/83 wurde die CSUTCB zum wichtigsten Hoffnungsträger der indianischen Bevölkerung. Mit der Demokratisierung des Landes nach 1982 begannen interne Machtkämpfe, die ihren Einfluß verringerten. Doch bis in die Gegenwart ist die CSUTCB die wichtigste Indigena-Organisation; der Katarismus eine verbindende Idee insbesondere unter den Aymara auf dem Land wie in der Stadt, so dass sich selbst neu gegründete indianistische Parteien in den Jahren 2000 und 2001 darauf berufen. (siehe weiter unten).

Gänzlich anders verliefen die Organisationsprozesse in **Peru**. Ich folge der These Degregoris (1993: 113), die ethnische Dimension in Peru sei zwar unübersehbar in der gesellschaftlichen Stratifizierung, in den sozialen Beziehungen, im kulturellen und auch im politischen Leben, sie stelle für die Mehrheit der Peruaner jedoch nur eine Ebene der Identität dar, und nicht einmal die wesentliche. Im Selbstverständnis der sozio-politischen Organisationen schlägt sich dies eindeutig nieder. Wie in Bolivien und Ecuador ist fast die gesamte bäuerliche Bevölkerung indigener Herkunft und die Landnot der zentrale Mobilisierungsfaktor. Die großen Bauernbewegungen der 60er Jahre mit ihren umfangreichen Landbesetzungen leiteten einen Prozess ein, der in Landumverteilung mit der Agrarreform 1969 unter der reformorientierten Velasco-Diktatur (1968-1975) kulminierte. Zur staatliche Integrationspolitik dieser Epoche gehörte die Umbenennung der *comunidades indígenas* in *comunidades campesinas* auf dem Hochland bzw. an der Küste und in *comunidades nativas* in Amazonien sowie die Verleihung von Rechtstiteln, was den Prozeß der kulturellen Entfremdung unterstützte. Die zeitweise unter Präsident Velasco betriebene Förderung eines kulturellen Pluralismus konnte die gesellschaftliche Hegemonie der "weißen" kreolischen Kultur nicht ernstlich infragestellen. Bezeichnenderweise schloss die Verfassung bis 1979 Analphabeten vom allgemeinen Wahlrecht aus, was bedeutete, dass fast die gesamte Aymara-, Quechua- und amazonische Bevölkerung sich nicht politisch beteiligen durfte. Dieser Ausschluß und die kulturelle Marginalisierung führten - außer in Amazonien - jedoch nicht zu ethnisch-politischen Organisationsprozessen.

Die Selbstdefinition der andinen und der Küstenbevölkerung folgten dem Konzept klassenbezogener Gesellschaftsanalyse und des Klassenkampfes, ihre Organisationen waren stark von marxistisch orientierte Parteien und Gewerkschaften

⁶ "Einheitsgewerkschaftsverband der Landarbeiter und Kleinbauern Boliviens".

beeinflusst. Die Ausdehnung des Marktes, der Verkehrsverbindungen, der Medien sowie die massive Migration bewirkten eine immer stärker Ausdifferenzierung der Bevölkerung und verstärkten die Abwendung von der kulturellen Herkunft. Fast niemand in Peru wollte mehr *Indio* sein - und will es auch heute nicht.

Der Zugang zur Sekundarschule und zu regionalen Universitäten eröffnete den Kindern aus Bauernfamilien neue Erfahrungen, neue Erwartungen und neue Diskurse. Eine linke, hoch politisierte und gewerkschaftlich organisierte Lehrerschaft bot ihnen Orientierungsleitlinien. Die Führer der Bauernschaft näherten sich zunehmend kleinen linken und radikalen Parteien, die ihre Aktionsfelder auf dem Land massiv ausdehnten. Auf dem Lande wuchs ein kritisches Potential heran, beteiligte sich an Protestaktionen, die mit der heraufziehenden Wirtschaftskrise ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre begannen. Nach Degregori (1993) entstanden mit der Krise die wichtigsten sozialen Bewegungen Perus im 20. Jahrhundert, ihre Forderungen waren klassenbezogen und regionalistisch. Es hatte sich zwar erwiesen, dass das Paradigma der "nationalen Integration" nicht funktionierte, doch eröffnete sich nicht der Raum für "die Erfindung der ethnischen Gemeinschaften", vielmehr verstärkte sich die Radikalisierung und der Zulauf zu marxistischen Parteien. Die Guerillabewegung Sendero Luminoso nahm hier ihren Ausgang.

In Amazonien wurde hingegen ein anderer Weg eingeschlagen. Die etwa 58 ethnischen Gruppen waren - und sind es noch -, wie auch in den Nachbarstaaten, von den Segnungen der Modernisierung ausgeschlossen, sind vielmehr deren Opfer. Als Minoritäten im Lande werden sie und ihre Anliegen ignoriert. Diese Marginalisierung als ethnische Gruppen, die Zuschreibung des "Anderssein" sowie das Abgeschnittensein von Kommunikation erhält die kulturelle Identität und sie wurde die Basis ihres Organisationsprozesses. Eine der ersten Organisationen war der "Aguaruna-Huambisa-Kongress". Eine Initialzündung auch für andere Gruppen war die Zurückweisung von Lehrkräften, die nicht ihre Sprache beherrschten und die Forderung nach einer ihre Kultur und Sprache integrierenden Schulbildung. Es folgte der Aufbau zahlreicher lokaler und regionaler ethnischer Organisationen. Für sie und ihren 1980 gegründeten Dachverband *Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana* (AIDSESP) wurde die zweisprachige interkulturelle Erziehung zu einem der programmatischen Schwerpunkte. Mit Unterstützung von progressiven Kräften innerhalb des katholischen Klerus, von kritischen Anthropologen und internationalen Gebern entwickelte sich AIDSESP auf internationaler Ebene zu einer der herausragenden Interessenvertretungen der amazonischen Völker, die den Themenkomplex von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch internationale Großunternehmen über Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen bis zur Anerkennung der Rechte indigener Völker auf die Tagesordnung setzten.

II Die 90er Jahre: Interessenvertretung zwischen Eigeninitiative - Lobbying - und Konfliktstrategie

Das Entstehen der neuen indigenen Organisationen seit Mitte der 80er Jahre und die Verbreitung ethnischer Diskurse in der Politik muß im Zusammenhang mit nationalen und insbesondere auch internationalen Entwicklungen verstanden werden. Stichworte sind: Die Konsolidierung formaldemokratischer Regierungsformen, die Verschuldungskrise und neoliberale Wirtschaftsadjustierungsprogramme, mit den Folgen einer massiven Verschlechterung der Lebensumstände breiter Teile der Bevölkerung sowie vielfältige wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen ungebremster Globalisierungsprozesse. Von großem Einfluß war die auf

internationaler Ebene immer bedeutsam werdende Menschenrechts- und Demokratisierungsdebatte und die Debatte über die Anerkennung kultureller Diversität. Auf einige Punkte soll hier näher eingegangen werden:

Die Ethnisierung des Politischen

Unter dem Eindruck ungelöster Konflikte verbunden mit der Wiederherstellung der Demokratien nimmt die Ethnisierung des Politischen (Wimmer 1993) in Lateinamerika seit Mitte der 80er Jahre unaufhaltsam zu. Wie auch in anderen Teilen der Welt werden Konflikte immer stärker in ethnischen, nationalistischen und religiösen Legitimierungsdiskursen begründet. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und dem damit einher gehenden Legitimationsverlust linker Parteien verstärkt sich diese Tendenz noch einmal.

Insbesondere im Diskurs sozial, kulturell, wirtschaftlich und politisch benachteiligter Gesellschaftsgruppen erhält nun der Bezug auf Ethnizität, d.h. auf eine "indianische" oder "afrikanische" Herkunft ein zunehmendes Gewicht. Es entstehen immer neue Organisationen, die sich ethnisch-sozial bzw. ethnisch-kulturell konstruieren und als "indianische" oder "schwarze" Bewegung deklarieren.

Die Diskurse richten sich gegen tradierte und neue Gewaltstrukturen; gefordert werden die Transformation herrschender sozioökonomischer und politischer Verhältnisse in den jeweiligen Ländern. Mit basisdemokratischen Kampfmitteln - Protestmärschen, Aufständen, Besetzungen von Land oder Institutionen und organisierter Opposition treten Indígena zunehmend mediengewandt für ihre Forderungen ein. Sie zielen nicht unbedingt auf gewaltsame Konfrontation - was solche Konfrontationen allerdings nicht ausschließt: Zu den grundlegenden Forderungen gehört die Anerkennung eigener Territorien im Rahmen der jeweiligen Staatsgrenzen, Autonomie und Selbstbestimmung. Auch wenn ihre Staatsvorstellungen durchaus unterschiedlich sind, teilen sie alle die Vision einer multiethnischen und plurikulturellen Gesellschaft innerhalb einer sozial gerechten, partizipativen Demokratie, die Respektierung der Menschenrechte und erhebliche Gestaltungsfreiheiten der einzelnen ethnischen Gruppen innerhalb von Selbstverwaltungsstrukturen.

Zur Durchsetzung von spezifischen Forderungen werden zeitweise Bündnisse eingegangen - mit Parteien, Gewerkschaften oder anderen sozialen Bewegungen. Umgekehrt beteiligen sich indigene Organisationen an Protesten und Opposition gegen soziale, ökonomische oder politische Maßnahmen, die nicht nur sie betreffen:

Politische Diskurse und Strategien der indigenen Organisationen zeigen durchaus Wirkungen. Regierungen geraten unter einen gewissen Legitimitätsdruck, da sich nicht nur mehr die Landbevölkerung mit diesen Diskursen identifiziert - wie dies bis in die beginnenden 80er Jahre der Fall war. Während sich die ökonomische Lebenslage der 'indianischen' Bevölkerung zum Teil dramatisch verschlechtert, erlangen die indigenen Bewegungen gewisse Erfolge auf der politischen Ebene. Eine Reihe von Staaten führen Verfassungsänderungen durch und verankern die Anerkennung der indigenen Sprachen und Kulturen (z.B. in den Andenländern Ecuador, Bolivien, Kolumbien, aber auch in Guatemala und Mexiko) oder gestanden gar erweiterte politische und territoriale Rechte zu (Kolumbien, Bolivien, Ecuador).

Maßgeblich beeinflusst wurden diese Reformen allerdings durch die internationale Konjunktur. Da war die kritische Bestandsaufnahme von Geschichte und Gegenwart anlässlich des Gedenkens an die Eroberung vor 500 Jahren, das von den Vereinten Nationen erklärte Jahr der Indigenen Völker 1993 und die UN-Dekade für Indigene Völker ab 1995, die den internen Kolonialismus, den Rassismus, die Unterdrückung und Ausbeutung sowie die religiöse und kulturelle Intoleranz erneut und in einer breiten Öffentlichkeit thematisierten. Zugleich hatte die beharrliche, jahrelange Arbeit von Menschenrechtsgruppen gemeinsam mit Organisationen indigener Völker weltweit in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie in der 'UNO-Arbeitsgruppe für indigene Völker' erreicht, dass internationale Organismen das Thema "Rechte indigener Völker" auf die Tagesordnung setzten. Die Konvention 169 der ILO dient trotz einer Reihe kritikwürdiger Punkte⁷ den indigenen Organisationen in Lateinamerika als Grundlage und Argumentationshilfe für ihre Forderungen gegenüber den jeweiligen Regierungen.

Die 'indigenen und Stammesvölker'⁸, wie sie nach dieser Konvention seit 1989 genannt werden, wurden so das neue politische Subjekt in zahlreichen Ländern.

Repräsentation und Legitimität

Beim Aufbau; bei der Gestaltung internationaler Netzwerke und der Konstruktion von ethnischen Diskursen spielt die junge indigene Intellektuellenschicht eine entscheidende Rolle (Münzel 1985; Stavenhagen 1997). Sie ist die treibende Kraft in den neuen Organisationen, die sowohl die "neuen indigenen Diskurse" und die politische Agenda formuliert, wie auch die Erforschung der historischen Wurzeln und Weiterentwicklung der eigenen Kulturen und Sprachen betreibt. Darüber hinaus stellt sie sich der Suche nach alternativen Wirtschaftsstrategien, um ihren Gemeinschaften eine selbstbestimmte Entwicklung und ein würdevolles Leben in ihrem angestammten Lebensumfeld zu ermöglichen.

Die indigene Intelligenzia stößt Prozesse an, mobilisiert Ressourcen - insbesondere auch finanzielle Ressourcen von internationalen Geberinstitutionen - und ist lokalübergreifender Mittler zwischen der nationalen und der internationalen Ebene. In vielen Fällen ist daher nicht zu übersehen, dass der Organisationsprozess von oben in Gang gesetzt wurde. In dem Maße jedoch, wie auch entlegene *comunidades* in eine breite Kommunikation mit der Außenwelt eingebunden werden, wachsen Organisationsprozesse von unten; und mit dem Ansteigen des Potentials fachlich ausgebildeter Indígenas an der Basis erweitern sich die Aktivitäten auf lokaler Ebene.

Dennoch stellt sich die Frage der Repräsentativität und der Legitimität von Führungspersonen. Sie wird von Verhandlungspartnern staatlicher Institutionen, nicht selten auch auf lokaler Ebene gestellt, wenn der oder die *dirigente* nicht aus den eigenen Reihen stammt. Traditionell liegt Führerschaft in indianischen Gemeinschaften bei den gewählten Autoritäten, den Älteren, die sich durch den Dienst

⁷ Einige indigene Völker bemängeln, dass die von ihnen beanspruchten Grundrechte nicht ausreichend sichergestellt seien, da ihr traditionelles Rechtswesen dem geltenden nationalen Recht untergeordnet werde, außerdem das Recht auf Selbstbestimmung nicht explizit erwähnt sei und nur unzureichend zwischen "Ländern" und "Territorien" unterschieden werde.

⁸ Der Begriff "Völker" wird ausdrücklich nicht im Sinne des internationalen Völkerrechts verstanden, d.h. ILO oder die UNO erkennen damit auch keine Souveränitätsansprüche an. Da die "indianischen" Gruppen sich selbst mit diesem Begriff bezeichnen, benutze ich im folgenden diese Selbstbezeichnung im Sinne der ILO-Konvention.

an der Gemeinschaft in verschiedenen Ämtern ausgezeichnet haben. Diese Tradition ist in den ländlichen Anden- und Amazonasregionen in großen Teilen noch gültig, doch wird sie seit Entstehen von Bauernverbänden überlagert von syndikalen Strukturen, wo zum Teil andere Qualitäten von einem Repräsentanten gefordert werden: Verbindungen zu Institutionen und Parteien, Schulbildung und Beherrschung der spanischen Sprache sowie der urbanen Codes. Diese Qualifikationen sind eher bei jungen Leuten anzutreffen, was zu Spannungen zwischen den Generationen bzw. zwischen "traditionellen" und "modernen" Organisationen führt⁹. Je ausgedehnter der Organisationsradius der neuen Organisationen, je stärker sind die Führungspersonen der sozialen Kontrolle der Basis entzogen bzw. ist die lokale Beteiligung an Entscheidungsprozessen eingeschränkt. Damit wächst auch das Mißtrauen und das Bestreben auf der lokalen Ebene, Machtpositionen jeweils mit einem Angehörigen der eigenen Gemeinschaft zu besetzen.

Konflikte werden verstärkt, wenn Parteien oder andere externe Institutionen versuchen, Einfluß zu nehmen. In dem Maße, wie in den indigenen Gemeinschaften Interessenkonflikte und unterschiedliche politische Positionen existieren, kommen diese auch innerhalb ihrer Organisationsprozesse zum Ausdruck. Persönlichkeiten konkurrieren um die Führerschaft einer Organisation, unterschiedliche Verbände konkurrieren um die Repräsentanz. Nicht zuletzt tragen internationale Geberinstitutionen - vielfach unwissentlich - dazu bei, bestehende Konkurrenz zu verschärfen.

Die neuen indigenen Organisationen sind also keineswegs mißzuverstehen als Ausdruck einer einheitlichen Bewegung, vielmehr bestimmen kulturelle Diversität, politischer Pluralismus und Wettbewerb das Bild.

Neue politische Interventionsebenen

Die Verfassungsreformen zur Anerkennung der kulturellen und ethnischen Pluralität der Länder und weitere demokratische Reformen, die in Kolumbien 1991, Bolivien 1994, Ecuador 1997 (in Peru reichte es bisher nur zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169) vollzogen wurden, eröffneten den indigenen Völkern und ihren Organisationen neue Formen der politischen Intervention auf lokaler und nationaler Ebene.

In Kolumbien wurde das "System Indigene Territorien" geschaffen, indigene Landbesitzrechte anerkannt sowie eine indigene Wahlgesetzgebung einschließlich gesicherter parlamentarischer Präsenz eingeführt¹⁰. Boliviens "Gesetz der Volksbeteiligung"¹¹ verankert die Selbstverwaltung in neu geschaffenen Landkreisen, territorialen Organisationen und demokratischen Kontrollgremien. Traditionelle indigene Organisationsstrukturen und ihre Repräsentanten erhalten als Selbstverwaltungsgremien Rechtsstatus. Und um den Anbruch der neuen Zeit noch zu unterstreichen, wurde 1993 erstmals ein Aymara und Aktivist der Kataristenbewegung zum Vizepräsidenten gewählt.

⁹ Für Bolivien siehe Ströbele-Gregor 1994a; 1994b.

¹⁰ Ausführlich der indigene Senator Muyuy Jacanamejoy 1997.

¹¹ Ausführlich dazu República de Bolivia 1997; kritisch Ströbele-Gregor 1999.

In Ecuador wurde im Rahmen der Dezentralisierung Gemeinden, Basisorganisationen und "Nationalitäten" das Recht, eigenständige Entwicklungsvorhaben zu planen und durchzuführen, zugesprochen¹². Ein Entwicklungsrat mit dem Status eines Staatssekretariats wird von den indigenen Organisationen (derzeit von COANAIE) verwaltet.

Neben die alte Strategie der Protestaktionen zur Unterstützung von Forderungen trat nun der parlamentarische Weg sowie die Übernahme von Verantwortung und von Funktionen in lokalen und regionalen Selbstverwaltungsinstitutionen. In Kolumbien entwickelten die vom Nationalen Dachverband *Organización Nacional Indígena de Colombia* (ONIC)¹³ auf ihrer politischen Liste *Movimiento Indígena de Colombia* (MIC)¹⁴ in das Parlament entsandten Vertreter eine intensive gesetzgeberische Arbeit (siehe Muyuy 1997). In Bolivien trägt das Gesetz der Volksbeteiligung zur Parteiengründung bei, weil zu den Kommunalwahlen nur politische Parteien zugelassen sind, was die Dorfgemeinschaften zwingt, zur Vertretung ihrer Interessen Bündnisse mit bestehenden Parteien einzugehen (was bei der geringen Repräsentativität von traditionellen Parteien auf dem Land nicht unbedingt demokratieförderlich ist) oder nach neuen Parteien zu suchen. Der Aufbau indianistischer Parteien hat in Bolivien eine Tradition seit den 80er Jahren. Doch trotz gewisser Programmatik sind sie bisher vor allem Unterstützungsvereine von indigenen Führungspersonlichkeiten und ohne größere Repräsentanz. Rivalitäten zwischen Anführern drücken sich in immer neuen Parteigründungen aus.

Anders in Ecuador: Das Wahlbündnis *Movimiento Plurinacional Pachakutik - Nuevo País*, war von der CONAIE 1996 zur Teilnahme an den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gegründet worden. Bis dahin hatte die CONAIE stets zum Wahlboykott aufgerufen, aber angesichts des unerwarteten Zuspruchs der Bevölkerung bei einer massiven Kampagne gegen die Privatisierungspläne des staatlichen Sektors, an der sich Gewerkschaften, linke Parteien und die CONAIE beteiligt hatten, entstand der Plan einer eigenen Partei. Der große Erfolg bei den Wahlen gab dieser Strategie recht. Der Präsidentschaftskandidat erhielt 21% der Stimmen, zahlreiche Bürgermeisterämter und 10 von 82 Parlamentssitzen, darunter auch einer für den Präsidenten der CONAIE, Luis Macas, gingen an *Pachakutik* (Siebert 1999). Eine Indígena, die Rechtsanwältin Nina Pacar, wurde Vizepräsidentin des Parlaments.

Doch diese wachsende Einbindung in demokratische Instanzen ist für die indigene Bewegungen ambivalent. Diego Iturralde ist zuzustimmen; "dass in dem Maße, wie sie sich dem etablierten System nähern, um die erstrebten Machtpositionen und Autonomie zu erobern, sie sich von ihrer Identität und von der besonderen Organisationsdynamik, die sich in den letzten 25 Jahren mühsam aufgebaut haben, entfernen. Die Nutzung neuer Freiräume im Rahmen der Modernisierung des Staates erscheint damit gleichzeitig wie eine Drohung neuer Unterordnung". Tatsächlich erzeugten die ersten Wahlerfahrungen in Kolumbien, Bolivien und Ecuador Brüche und Unstimmigkeiten unter den indigenen Bewegungen (Iturralde 1997: 82)¹⁵. So beteiligte sich die CONAIE im Oktober 1998 und Februar 1999 nicht an dem von

¹² Beispiele der Umsetzung in Carrasco/Iturralde/Uquillas (Coor.) 1999.

¹³ "Nationale Indígena-Organisation von Kolumbien".

¹⁴ "Indigene Bewegung Kolumbiens".

¹⁵ Für Bolivien Albó 1999, für Ecuador Siebert 1999.

ihren alten Bündnispartnern, den Gewerkschaften und linken Parteien ausgerufenen Generalstreik gegen das neoliberale Regierungsprogramm, was ihnen als Verrat an der gemeinsamen Sache auch in den eigenen Reihen vorgeworfen wurde. Und beschämend war, wie sich ein Vizepräsident der CONAIE unter der Präsidentschaft des Populisten und schrägen Vogels Abdalá Bucaram 1996 zum Indianerminister ernennen ließ und nach dem Sturz der Präsidenten wegen Betrug und Unterschlagung ins Gefängnis wanderte.

So manche Führungspersönlichkeit veränderte sich durch die Teilhabe an der Macht, auch wenn sie noch so begrenzt war: Nicht wenige der einst kämpferischen *dirigentes* sind mittlerweile mehr daran interessiert, als Individuen Karriere zu machen und persönliche Macht durch Positionen auf der Landkreisebene, im Parlament oder in einer staatlichen Institution zu haben, als sich weiter an kollektiven Kämpfen an der Basis zu beteiligen. Korruption oder Kooption durch politische Parteien tragen dazu bei, ehemalige gemeinsame Kämpfer voneinander zu trennen, zu neutralisieren, sie zu Gegnern zu machen und damit die Bewegung zu schwächen.

Dem Anschein nach können sich auch die indigenen Organisationen nicht freihalten von jenen negativen Relikten, die die politischen Kulturen in Ländern wie Bolivien und Ecuador mitgeprägt haben und die im Demokratisierungsprozess noch nicht überwunden wurden: Populismus, Korruption und undemokratische Verfahrensweisen.

Bolivien, Ecuador, Kolumbien - jeweils ein Pulverfass

Dennoch erfüllten sich nicht die Erwartungen der Regierenden, durch die Reformen grundlegende Gegensätze zwischen Staat und indigenen Völkern zu überwinden und Interessenkonflikte auf institutionellem Wege oder durch Vereinnahmung von Organisationen bzw. ihrer Führungspersönlichkeiten zu lösen.

Das sollte sich im letzten Drittel der 90er Jahre zeigen. Die stärkste internationale Aufmerksamkeit erzielten die Aufstände 2000 und 2001 in Ecuador und der Widerstand in Kolumbien und in Bolivien gegen die von den USA durchgesetzte Drogenbekämpfungspolitik. Allerdings unterscheiden sich die diesbezüglichen Strategien der indigenen Organisationen in beiden letztgenannten Ländern erheblich voneinander. Zunächst aber zu Ecuador:

Ecuador

Auslöser des Aufstandes im Januar 2000 waren die schwere Finanzkrise des Landes und die auf Druck des Internationalen Währungsfonds eingeleiteten Wirtschaftsstrukturmaßnahmen einschließlich der angekündigten Dollarisierung zur Sanierung der Wirtschaft. Unmittelbare Ursache dafür waren das hohe Haushaltsdefizit, betrügerische Bankenzusammenbrüche, die teilweise Einstellung der Schuldentilgung 1999 und die Hyperinflation. Mißwirtschaft und Korruption, der Krieg 1995 gegen Peru um ein Stück Urwald, die El Niño-Naturkatastrophe 1997, die Zerstörungen, enorme Einbußen in der Landwirtschaft und Schäden in Milliardenhöhe wegen Überschwemmungen verursachte, sowie der Verfall des Erdölpreises 1998 hatten das Land in diese Lage gebracht.

Die Sparschraube setzte 1999 zunächst bei den Gehältern staatlicher Angestellter und den Sozialausgaben an, was besonders die ärmeren Schichten der Gesellschaft

traf. Darauf folgte die Anhebung der Energiepreise, was nicht nur das Transportwesen, sondern damit auch das Warenangebot verteuerte. Erste massive Proteststreiks im März und Juni 1999, die das Land lahm legten, waren die Reaktion. Doch Präsident Mahuad, selbst in die Korruption verstrickt, verschärfte mit seinen untauglichen Sanierungsmaßnahmen noch die Armut und den Unmut. Im Januar 2000 bildeten die verschiedenen Indígena-Verbände unter Führung der CONAIE und zusammen mit anderen sozialen Gruppen ein "Volksparlament"; eine Woche später wurde der Präsident gestürzt. Einige Offiziere solidarisierten sich mit dem Aufstand und für wenige Stunden lag die Regierungsgewalt in den Händen einer Junta von Offizieren und der Führung der CONAIE - bis die Militärs dem Vizepräsidenten, Gustavo Noboa das Präsidentenamt übergaben. Dieser setzte den Kurs seines Vorgängers fort - und sah sich ein Jahr später, im Januar 2001 erneuten heftigen Protestaktionen gegenüber: Auch diesmal agierten Studenten, Gewerkschaften, Volksorganisationen - und allen voran die CONAIE - zusammen und forderten die Rücknahme der wirtschaftspolitischen Sparpakete und der Dollarisierung.

Aus den zunächst friedlich verlaufenden Streiks und Demonstrationen wurden blutige Schlachten mit mehreren toten Demonstranten. Der Präsident hatte Stärke zeigen wollen, hatte Polizei und Militär eingesetzt und ein hartes Vorgehen befohlen, anstatt selbst mit den Demonstranten zu sprechen. In der zweiten Woche verhängte er den Ausnahmezustand und ließ den Präsidenten der CONAIE, Antonio Vargas, zwei Tage lang festnehmen.

Der Einsatz von Schußwaffen gegen die unbewaffnete und friedlich demonstrierende Bevölkerung - Indígenas der Region Napo - rief breite Empörung und Solidarisierung mit den Aufständischen hervor, zumal die indigenen Organisationen bis zuletzt zu friedlichen Widerstandsformen aufgerufen hatten. Auf Vermittlung einer Verhandlungskommission unter Leitung der katholischen Kirche schlossen die Regierung und die CONAIE am 9. Februar 2001 ein Abkommen, demzufolge die kräftig angehobenen Benzinpreise für ein Jahr eingefroren werden und die zuvor erhöhten Tarife für Haushaltsgas um 20% gesenkt wurden. Gemessen an den Forderungen ein sehr mageres Ergebnis, das die Probleme letztlich nur vertagt. Die indigenen Organisationen wollten mit der Zustimmung zum Abkommen ihre Bereitschaft zu friedlichen Lösungen dokumentieren. Doch mindestens ein Punkt wird noch zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der indigenen Bewegung Anlaß bieten: Die Regierung verpflichtet sich, die indigenen Organisationen bei Beschlüssen in steuer- und geldpolitischen Belangen zu konsultieren. Bleibt abzuwarten, was im nächsten Jahr geschieht, wenn die Regierung es nicht schafft, wirksame Konzepte vorzulegen, um die Armut zu bekämpfen.

CONAIE und die indigenen Organisationen sind in ihrem Land zum Symbol des Widerstandes gegen Globalisierung geworden. Ihre Führung weiß aber, dass dies nicht genügt, sondern es an der Zeit ist, selbst Lösungsvorschläge auf den Tisch zu legen, wie ihr Berater, der Ökonom Alberto Acosta (2001) unterstreicht. Und ihr politisches Projekt einer grundlegenden Umwälzung des Staates haben sie nicht aufgegeben:

- Die territoriale Neuordnung des Staatsverbandes, die den konstitutiven Nationalitäten eine eigene territoriale Basis verschafft, Selbstverwaltung und Autonomie, Garantie des freien Zugangs zur natürlichen Ressourcen und Anerkennung indigener Kulturen und kultureller Praxis.

- Veränderungen der ökonomischen und politischen Struktur des Staates auf der Grundlage der Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und eines kommunitären-ökologischen Wirtschaftsmodells, das den realen Bedürfnissen der Ecuatorianer gerecht wird (Frank 1992; Siebert 1999).

Bleibt die Frage, wann und wie dieses Projekt umgesetzt werden kann.

Bolivien

Als Reaktion auf die schwere wirtschaftliche Krise, die das Land seit 1999 erlebt sowie auf verschärfte Interessenkonflikte zwischen verschiedenen sozialen Akteuren und der Regierung in den Bereichen Wirtschafts- und Sparmaßnahmen, Drogenbekämpfung, Wasser- und Agrargesetzgebung hat der soziale Protest Ausmaße erlangt wie seit 1982/83 nicht mehr. (Siehe Goedeking in diesem Band). An den landesweiten Protestaktionen, den Märschen, Streiks, Straßenblockaden beteiligten sich maßgeblich auch die verschiedenen Bauern- und indigenen Organisationen. Doch anders als in Ecuador durchkreuzen Einzelinteressen die politischen Gemeinsamkeiten. Die existierenden politischen Differenzen in bezug auf Teilziele, Strategien und Bündnisse werden durch persönliche Rivalitäten und Animositäten von Führungspersonen vertieft. Unterschiedliche gesellschaftliche Visionen, wie sie die bolivianische Bauern- und Indigenabewegung immer schon gekennzeichnet haben, erhalten verstärkte politische Brisanz und heizen Spaltungstendenzen innerhalb des einstmals so kraftvollen Bauernverbandes CSUTCB an.

Der Kampf um die Führerschaft bestimmte den IX Kongreß der CSUTCB¹⁶, auf dem eine neue Verbandsleitung gewählt werden sollte. Die zwei Linien, die sich hier gegenüberstehen, sind personifiziert in zwei charismatischen *líderes*: dem Führer der Verbände der Coca-Bauern, Evo Morales, und dem bisherigen Exekutivsekretär, Felipe Quispe, der sich El Mallku (der Condor) nennt und sich als eine Art Reinkarnation von Tupac Katari darstellt, des Helden des anticolonialen Widerstandes. Keiner von beiden kandidierte für das Amt, vielmehr schickte jeder seine Truppen ins Gefecht und diese trugen ihre gegenseitigen Manipulationsvorwürfe auch handgreiflich aus. Die Wahl des neuen Vorstandes brachte eine vorübergehende Spaltung des Verbandes mit sich. Die Verliererfraktion des vorherigen Exekutivsekretärs Quispe wie auch der Gewerkschaftsdachverband COB sprachen der neuen Leitung jede Legitimation ab, weil ihre Wahl nur auf einer geringen Anzahl der Abstimmungsberechtigten basierte. Die Regierung hatte leichtes Spiel, vorgesehene Verhandlungen abzusagen. Da in der hochbrisanten politischen Lage eine CSUTCB-Führung ohne ausreichende Legitimation ein Unding im wahrsten Sinne des Wortes ist, einigte man sich auf eine Wiederholung des Kongresses im April und auf Absprachen zwischen den beiden Kontrahenten: Quispe sagte Morales die Unterstützung der Protestmärsche und der politischen Forderungen der Coca-Bauern zu und - wurde diesmal wiedergewählt. Allerdings verdankt er dies nicht allein dem Arrangement mit Morales, sondern der großen Unterstützung der Mehrheit der diesmal zahlreich anwesenden Delegierten. El Mallku's politische Positionen finden offenbar zunehmend Anhängerschaft. Er vertritt seinen militanten Indianismus mit rassistischen Diskursen. Hauptfeind ist das "herrschende System des Imperialismus und Kapitalismus, Neoliberalismus und der Globalisierung". Repräsentanten dafür sind u.a. die "weißen Städter". Die Beteiligung am

¹⁶ Zu den Ereignissen um den Kongress siehe Bolivia-Sago 2001, Nr. 126; 127; zu den verschiedenen politischen Positionen Interviews ebda. sowie in ILA 2001, Nr. 244 sowie Oblitas 2001

parlamentarischen System lehnt er als Verrat an der Sache der Aymara, Quechua und anderen indigenen Völker ab - womit er zwar zu seiner eigenen Präsidentschaftskandidatur für die Partei Eje Pachakuti 1997 im Widerspruch steht - aber die Strategie der Bewegung für Sozialismus (MAS), die ihre Basis bei den Coca-Bauern hat und für die sein Gegner Evo Morales im Parlament sitzt, diskreditiert.

Quispes gegenwärtiges politisches Programm zielt auf eine neue Agrargesetzgebung auf der Grundlage der Struktur der andinen Ayllus. Dies ist Teil seines Programmes eines neuen Staates mit einer Verfassung, durch welche die indigenen Bauern die politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle über das Land übernehmen sollen. Auch wenn Quispe derzeit den bewaffneten Kampf nicht als angemessene Strategie bezeichnet, vielmehr in einem auf längere Zeit angelegten Organisations- und Bewußtwerdungsprozess im Rahmen seiner neu gegründeten Partei *Movimiento Indígena Pachakutik* (MIP)¹⁷ anstrebt, ist in seinen Diskursen seine Vergangenheit in dem einstigen kleinen Guerillatrupp *Ejercito Guerrillero Tupac Katari* (EGTK)¹⁸ mit seinen militanten Aktionen, für die er insgesamt über fünf Jahre im Gefängnis verbringen mußte, durchaus gegenwärtig.

Sein politischer Rivale, Evo Morales, führt seit Jahren den Kampf der sechs Verbände der Coca-Bauern gegen die unter Druck der US-Drogenpolitik durchgeführten nationalen Coca-Vernichtungsmaßnahmen an. Das Widerstandspotential der Coca-Bauern umfaßt nicht nur die Produzentenorganisationen des Chapare, sondern auch zunehmend der Organisationen der Yungas-Region von La Paz. Hier haben die Indígenabauern die Anbauflächen in den letzten Jahren über das gesetzlich erlaubte Maß für den traditionellen Konsum hinaus erheblich erweitert. Zur Umsetzung seines "*Plan Dignidad*" (Würde) setzt der 1997 ins Amt gewählte Präsident Hugo Banzer immer stärker auf militärische Operationen und modernes Kriegsgerät, für das der Landeshaushalt Millionenausgaben vorsieht, was das bereits feindliche politische und soziale Klima bei der unter Armut leidenden Bevölkerung weiter anheizt.

Der Regierungsplan einer vollständige Vernichtung des Cocaaubaus im Chapare und einer Teilvernichtung in den Yungas und die damit verbundenen Substitutionsmaßnahmen, die mit erheblichen finanziellen Mitteln (fast eine Milliarde US-Dollar) von internationalen Gebern unterstützt werden, treffen bei der Mehrheit der Coca-Bauern im Chapare auf sehr geringe Akzeptanz und werden in den Yungas vollständig abgelehnt, da mit den Alternativprodukten keine ähnlichen Einnahmen zu erzielen sind. Dass die Ausrottungskampagne dennoch im Chapare erhebliche Erfolge aufweisen kann, ist der ständigen Präsenz von Streit- und Sicherheitskräften in der Region geschuldet, die den Drogenhändlern die Arbeit erschweren. Da es immer wieder zu Übergriffen gegenüber Bauern und zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, bei denen Tote zu beklagen sind, empfindet die Bevölkerung des Chapare diese Präsenz als Belagerungszustand.

Morales kämpft sowohl im Parlament wie auf der Straße für die Verhinderung der Ausweitung des *Plan Colombia* auf Bolivien im Rahmen der "*Iniciativa Andina*", mit der die USA die Drogenbekämpfung auf die gesamte Region ausweiten und intensivieren wollen (vgl. ILA 244: 20). Sein politisches Organ, *Movimiento al*

¹⁷ "Indigene Bewegung Pachakutik".

¹⁸ "Guerillaheer Tupac Katari".

Socialismo (MAS)¹⁹ hat daher bisher ihre Anhängerschaft fast ausschließlich unter Coca-Bauern, genießt aber auch Sympathie bei der Linken im Gewerkschaftsdachverband COB, zumal MAS für die Wiederverstaatlichung von strategischen Betrieben und für die Ablehnung des neoliberalen Wirtschaftsmodells eintritt.

Auch wenn die Basis von MAS und in den Verbänden der Coca-Produzenten indigene Bauernfamilien sind, so spielt doch in ihrem Selbstverständnis die kulturelle Identität eine nachgeordnete Rolle. Die Cocaleros definieren sich in erster Linie über ihre Klassenzugehörigkeit. Evo Morales' Bestreben, die CSUTCB vollständig hinter seinem politischen Programm zu versammeln, gelang bisher nicht, denn viele Hochlandbauern denken wie der alte und neue Vorsitzende Quispe: Was geht mich die Coca an, ich bin kein Coca-Produzent. Und da sie sich trotz Volksbeteiligungsgesetz immer noch als Exkluierte im Staat fühlen und ihrer kulturellen Praxis in den Dorfgemeinschaften eng verbunden sind, sind sie offen für die indianistischen Diskurse des Mallku.

Gänzlich außerhalb dieser Kämpfe stehen die Organisationen der Tieflandvölker mit ihrem Dachverband *Central Indígena del Oriente Boliviano* (CIDOB)²⁰, der ca. 30 Ethnien und etwa 70.000 LandarbeiterInnen repräsentiert. Als sie sich 1990 auf ihren "Marsch für Territorium und Würde" machten und erstmals auf der nationalen politischen Bühne auftraten, ging es ihnen darum, gegen die zunehmende Zerstörung ihres Lebensraumes zu protestieren und unter dem Druck der Öffentlichkeit ihre Forderungen nach Selbstbestimmung durchzusetzen. Zwar gelang ihnen Letzteres nicht, doch im Verlaufe der nächsten Jahre erzielten sie einige Teilerfolge, dazu gehörten Präsidialdekrete zur Anerkennung von fünf *Territorios Indígenas* sowie die Verhandlungen über ein an der ILO-Konvention 169 orientiertes Gesetz über die Rechte Indigener Völker. Sie setzten die Themen von kulturellen Identitäten und Praxis, Umwelt und nachhaltiger Entwicklung in Zusammenhang mit ihren Forderungen nach Selbstverwaltung und eigenständiger Entwicklung in Naturräumen, in denen sie seit Jahrhunderten leben (Lieberman/Godinez 1993). Und es gelang ihnen, eine breite Öffentlichkeit für sich zu gewinnen: Gewerkschaften, Medien, Intellektuelle, den progressiven Teil der katholischen Kirche, NROs - und nicht zuletzt die internationale Gebergemeinschaft. Die beharrliche Interessenvertretung gegenüber staatlichen Instanzen, verbunden mit einer intensiven Lobbyarbeit und zudem eingebettet in die internationale Debatte über Regenwaldschutz und Rechte indigener Völker trug Früchte. Im Staatssekretariat für Ethnische Angelegenheiten, das die Regierung Sanchez de Lozada neu schuf, wurde der Prozess der Vergabe kollektiver Landtitel und von Waldnutzungsrechten an indigene Gemeinschaften eingeleitet und anschließend im neuen Landgesetz (*Ley INRA*) von 1996 kodifiziert. Im Volksbeteiligungsgesetz wurden einige der Forderungen aus den Vorschlägen der CIDOB für ein Gesetz für indigene Völker aufgenommen.

In der aktuellen Auseinandersetzung mit der Regierung um die *Ley INRA* tritt CIDOB, mit Sinn für das Naheliegende, für die Beibehaltung des Gesetzes ein und fordert nur Modifizierungen. Die CSUTCB hingegen und insbesondere die Anhänger von Quispe fordern die Rücknahme des Landgesetzes und legten einen Vorentwurf für ein Alternativgesetz vor, das eine Territorialordnung gemäß indigener Traditionen vorsieht

¹⁹ "Bewegung zum Sozialismus".

²⁰ "Zentralverband der Indigenen Völker Ostboliviens".

und das Eigentum an sämtlichen natürlichen Ressourcen in diesem Territorium an die indigenen Gemeinschaften überträgt - darin der Konzeption von CONAIE in Ecuador nicht unähnlich. Und auch CIDOB hatte Anfang der 90er Jahre in ihren Entwürfen für ein Gesetz für indigene Völker in Teilen vergleichbare Positionen skizziert. Im Unterschied zu den Aymara und Quechua zeichnen sich jedoch die Organisationen der Völker des Tieflandes durch Kompromißbereitschaft mit den Regierenden aus. Eine Ursache dafür mag ihre sehr unterschiedlich verlaufene Geschichte der Beziehungen zum Staat sein. Noch wichtiger aber ist, dass sie zahlenmäßig Minoritäten sind und einem enormen Handlungsdruck ausgesetzt sind aufgrund des rapiden Vordringens einer rücksichtslosen Marktökonomie und Ausbeutung der Naturressourcen, die ihr Überleben bedrohen. Gesetzentwürfe für eine ferne Zukunft können sie sich nicht leisten.

Kolumbien

Mit einer Bevölkerungsanteil von zwei Prozent scheint die indigene Bevölkerung in diesem Land eine zu vernachlässigende Größe, wenn es um die Lösung der zentralen Probleme geht: der bewaffnete Konflikt und die Drogenbekämpfungspolitik. Mitnichten. Die Organisationen der indigenen Völker gehören in Kolumbien zu den stärksten und stabilsten im Spektrum der sozialen Bewegungen (Stahn 2001). Der *Consejo Regional Indígena del Cauca* (CRIC)²¹, mit 27 Jahren älteste, größte und erfahrenste unter den zahlreichen Regionalorganisationen, spielt eine Vorreiterrolle nicht nur hinsichtlich ihrer Strategien und Praxis in der Region im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und bildungspolitischen Bereich, sondern auch bei der Entwicklung von Vorschlägen für den Friedensprozeß und für Alternativen zur desaströsen Regierungspolitik gegen den illegalen Drogenanbau (siehe in diesem Band...)

Seit den Vorbereitungen für die Verfassungsgebende Versammlung hat für den CRIC wie für die überwiegende Mehrheit in der indigenen Bewegung die politische Partizipation innerhalb staatlicher Strukturen einen erheblichen Stellenwert in ihrer politischen Arbeit, um Einfluß und Kontrolle auf der nationalen, den Departements- und Kreisebenen ausüben zu können. Es war daher nur folgerichtig, zusammen mit anderen Regionalorganisationen und der ehemaligen *Indígena-Guerilla Quintín Lame* 1991 die politische Bewegung *Alianza Social Indígena* (ASI)²² zu gründen, um damit den politischen Spielraum der Partizipation und Einflußnahme auszuweiten. Wie sehr sich diese Strategie bewährt hat, zeigt die Gouverneurswahl im Oktober 2000 im Departement Cauca, wo erstmals ein Indígena, der Agronom Floro Alberto Tunubalá mit überwältigender Mehrheit zum Gouverneur gewählt wurde. Tunubalá führt den *Bloque Social Alternativo*²³ an, ein Bündnis verschiedener politischer und sozialer Organisationen, zu denen nicht nur ASI, CRIC, und der Zusammenschluß der indigenen Autoritäten des Cauca (AICO) gehören, sondern auch nicht-indigene Verbände. Unterstützung erhielt er von Kleinbauern, Angehörigen schwarzer Gemeinschaften, Stadtteilkomitees sowie von Persönlichkeiten, die sich für die Demokratisierung der Politik und für den Friedensprozeß einsetzen.

Das Bündnis selbst ist einmal mehr Ausdruck für die kreative Kraft der indigenen Bewegung in Kolumbien. Die generellen Themen wie menschenwürdiges Leben,

²¹ "Regionaler Indígenarat des Cauca".

²² "Soziale Allianz der Indígena".

²³ "Sozialer Alternativer Block".

gerechte Gesellschaft, regionale Autonomie, Respektierung der kulturellen Vielfalt werden in Form von realistischen Lösungsansätzen für die konkreten Probleme der Region buchstabiert: Allen voran die Ausweitung des illegalen Drogenanbaus, deren Bekämpfung staatlicherseits im Rahmen des *Plan Colombia*, der Gewalt sowie der Präsenz von Militär, Paramilitär und Guerilla in der Region. Die Leitlinie, die Tunubalá für seine alternative Regional- und Entwicklungspolitik formulierte, entspricht dem Politikstil der Indígena im Cauca. Diese haben es verstanden - anders als etwa in Bolivien - trotz Differenzen unterschiedliche gesellschaftliche und ethnische Gruppen zusammenzuschließen (Reis 2001: 39). Darauf bauen Tunubalá und auch der CRIC (siehe CRIC 2001:19; Reis 1999) ihre Vorschläge für ein Alternativprogramm zum *Plan Colombia* auf. Verfolgt wird ein integraler Entwicklungsansatz, der die Substitution von Drogenpflanzen einschließt. Ansetzend an positiven Erfahrungen des CRIC, von Guambiano- und Paez-Gemeinden soll statt der umweltzerstörenden biochemischen Vernichtungsmaßnahmen die manuelle Vernichtung durchgeführt werden.

Amtsträger in den Nachbardepartements Nariño, Tolima, Putumayo und Huila teilen die Opposition des *Bloque Social Alternativo* im Cauca gegen die Regierungspolitik des militärischen und repressiven Vorgehens sowie des Herbizideinsatzes im Drogenkrieg. Sie sind alle beteiligt am Netzwerk *Paz Colombia*, einer breiten Friedensinitiative verschiedener Basisbewegungen, sozialer Gruppen und Einzelpersonen.

Wie bereits von CRIC praktiziert, wird bei den Friedensbemühungen auf den Dialog mit den bewaffneten Akteuren gesetzt. Dass diese Strategie lebensgefährlich ist, beweisen Todesdrohungen. Wie schwer es ist, sich zwischen den Feuern zu bewegen, mußte der CRIC immer wieder erfahren: Aufgrund seiner regierungskritischen Haltung wurde er von staatlichen Sicherheitskräften wiederholt mit der Subversion in Verbindung gebracht. Die Guerilla wiederum versucht, sich die Organisationsprozesse der Indígena-Gemeinschaften zu bemächtigen: "Die Mittel, die wir dagegen haben, sind unsere Arbeit, unsere Projekte, aber auch der Dialog. Die Position des CRIC ist die Verteidigung der territorialen Autonomie und der Konzertierung. Wir mußten immer sowohl mit den Militärs als auch mit den Guerillagruppen reden", sagt die Vizepräsidentin des CRIC (Reis1999:17). Die Zunahme der Präsenz von Paramilitärs in der Region macht eine zusätzliche Front auf. Dennoch hat der CRIC eine weitere bemerkenswerte Initiative zur Unterstützung des Friedensprozesses ergriffen. Seit 1999 werden auf dem Territorium der Reservation (*Resguardo*) La María/Piendamó Foren über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Grundrechte sowie nachhaltiges ökologisch verträgliches Wirtschaften durchgeführt, wo Basisorganisationen, Initiativen aus anderen Regionen, Fachleuten und Politiker miteinander ins Gespräch kommen.

Für die indigenen Organisationen im Süden Kolumbiens und ihre Bündnispartner gibt es keinen anderen Weg zum Frieden als über Dialog, konkrete Basisarbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie über internationale Lobbyarbeit. Dies beherrschen sie auf der Grundlage ihrer Erfahrung außerordentlich gut. Nicht zuletzt hat dazu die starke Präsenz von Frauen in der Führung von indigenen Organisationen und des CRIC beigetragen.

Schluß

Die Organisationen der indigenen Völker in den Andenländern sind zu politischen Akteuren geworden, die nicht mehr zu übergehen sind. Sie haben seit den 70er Jahren wichtige Erfolge, insbesondere im rechtlichen Bereich erkämpfen können und einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung erreicht. Doch von ihren Zielen sind sie noch weit entfernt.

In dem Maß, wie die wirtschaftlichen und kommunikativen Globalisierungsprozesse ihre Lebenswirklichkeit durchdringen, nehmen zwar die multiplen Identitäten, von denen Degregori spricht, zu, dennoch - das wird mit Ausnahme von Peru ganz offensichtlich - haben die ethnisch-politischen Ausdrucksformen für viele eine größere Nähe zu ihrer Realität als das traditionelle politische Parteienwesen. Der Rückgriff auf die eigene, reale oder imaginierte Kultur eignet sich nicht nur für identitätsstiftende Diskurse und Legitimierung von Ansprüchen, sondern, siehe Kolumbien und Ecuador, ebenso für kreatives politisches Handeln und Überlebensstrategien.

Beim Vergleich der 1990er Jahre mit den 1970ern fallen nicht so sehr die Unterschiede auf als vielmehr die Kontinuitäten. Was stattfindet, ist eine Ausdifferenzierung von Visionen, Programmen und Zielen gemäß der gesellschaftlichen Erfahrungen und der Veränderungen wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Rechtsreformen und verbesserter Zugang zu Bildung und zu internationalen Institutionen haben zwar Chancen eröffnet, zugleich entstanden aber große neue Konfliktfelder, ohne dass die alten grundlegenden Probleme - die Armut und ihre Folgen - gelöst wären.

Nationale und internationale Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsprogramme waren bisher für die Betroffenen weder sehr überzeugend noch hatten sie entscheidend positive Wirkungen. Wo aber keine Besserung der Lebensqualität in Sichtweite gerät, vielmehr die Verarmung noch zunimmt, da entsteht Nährboden für radikales Aufbegehren. Jedoch sollte der Blick sich nicht auf die Protest- und Konfrontationsaktionen verengen. Unbestreitbar ist es das Verdienst der indigenen Organisationen, die Bedeutung von kultureller Praxis und kulturellem Wissen als wichtige gesellschaftliche Ressourcen ins Bewußtsein nicht nur der indigenen Bevölkerung gerückt zu haben.

In einem inneren Zusammenhang damit steht, dass Konsolidierung von Demokratie und Stabilität in den Andenländern auch daran zu messen sein wird, ob und wie weit es den Menschen möglich wird, ein Leben in Würde zu führen. Dieses kulturelle Konzept der indigenen Völker umfaßt sehr vielmehr als "Armutsbegrenzung".

Literatur:

Acosta, Alberto 2001: Die Hand mit vier Finger. Interview mit Boris Siebert. In: ILA Nr 243, März, Köln, S. 7 -9

Adrianzén, Alberto u.a. 1993: Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos. Lima: IEP

Albó, Javier 1999: Diversidad Etnica, Cultural y Lingüística..In: Campero Prudencio, Fernando (Hrsg.), Bolivia en el siglo XX. La Paz: Harvard Club de Bolivia, S.451-483

Alemancia, Jesús Q.: CIA entdeckt indigene Bedrohung. In: ILA-Info Nr. 242, Febr, Bonn, S. 20

Bolivia-Sago Informationsblatt - Analysen und Berichte. Sept. 2000 - Januar 2001, Nr 126, 22. Jg., Berlin

Bolivia-Sago Informationsblatt - Analysen und Berichte. Februar 2001 - Mai 2001, Nr 127, 22. Jg., Berlin

Calla Ortega, Ricardo 1993: Hulla hayllisa huti. Identificación étnica y procesos políticos en Bolivia. In: Adrianzén, Alberto u.a.: Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos. Lima: IEP, S. 57 - 82

Carrasco, Tania u.a. (Hrsg.) 1999: Doce Experiencias de desarrollo indígena en América Latina. La Paz: Fondo para el Desarrollo de los Pueblos Indígenas de América Latina y el Caribe

CRIC 2001: Stellungnahme des Regionalen Indianerrates des Cauca (CRIC). In: Koka -Krieg und Korruption. Progmom Nr 208, 1/2001, 31.Jg., Kassel: Gesellschaft für bedrohte Völker, S. 19

Degregori, Carlos Iván 1993: Identidad étnica. Movimientos sociales y participación política en el Perú. In: Adrianzén, Alberto u.a.: Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos. Lima: IEP, S.113-136

Diskin, Martin 1991: Ethnic Discourse and the Challenge to Anthropology: The Nicaraguan Case. In: Greg Urban and Joel Sherzer (Eds.): Nation-States and Indians in Latin America. Austin: University of Texas Press, S.156-180

Frank, Erwin H. 1992: Geschichte und Utopie: Die indianistische Bewegung in Ekuador. In: In: Dirmoser, Dietmar, u.a. (Hrsg.) Lateinamerika - Analysen und Berichte 16. Münster und Hamburg: LIT, S. 48-65

Guerrero, Andrés 1993: De sujetos indios a ciudadanos-étnicos: de la manifestación de 1961 al levantamiento indígena de 1990. In: Adrianzén, Alberto u.a.: Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos. Lima: IEP, S.83.102

Hurtdo, Javier, 1986: El Katarismo, La Paz: Hisbol.

ILA Info 2001: Bolivien, Nr. 244, April, Bonn

Iturralde, Guerrero, Diego A. 1997: Indigene Forderungen und gesetzliche Rahmenbedingungen: Herausforderungen und Widersprüche. In: von Gleich, Utta (Hrsg.), Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt/M.:Verfuert, S. 74-102 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde. 45

Lieberman, Kitula/Godinez, Armando (Coord.) 1992: Territorio y dignidad. Pueblos indígenas y medio ambiente en Bolivia, La Paz: ILDIS.

Montoya, Rodrigo 1993:Libertad, democracia y problema étnico en el Perú. In: Adrianzén, Alberto u.a.: Democracia, etnicidad y violencia política en los países andinos. Lima: IEP, S.103-112

- Müller-Plantenberg, Clarita, Rathgeber, Theo 2001: Plan Colombia. In: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): Lateinamerika - Analysen und Berichte 25. Münster: Westfälisches Dampfboot (im Druck)
- Münzel, Mark 1985: Der vorläufige Sieg des indianischen Funktionärs über den indianischen Mediziner in Lateinamerika. Anmerkungen zum europäischen Diskurs über ethnische Minderheiten in der Dritten Welt. In: PERIPHERIE Nr. 20: 5-17
- Muyuy Jacabamejoy, Gabriel 1997: Indigene Bewegung in Kolumbien: Eine Erfahrungsbericht zur politischen Partizipation. In: von Gleich, Utta (Hrsg.): Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt/M.: Veruert, S. 243-262 ,(Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde. 45).
- Oblitas, Mónica 2001: Juntos ni al cementerio - Entrevistas con Felipe Quispe, Alejo Véliz, Evo Morales. In: La Prensa, Suplemento El Domingo, 29. 4., La Paz
- Reis, Bettina 1999: Wir brauchen Integrale Lösungen - Interview mit Abelina Pancho, Vizepräsidentin des Regionales Indígena-Rats des Cauca. In: ILA-Info Nr. 223,März Bonn, S.14-15
- Reis, Bettina 2001: Ein Prost auf Mama Coca. In: ILA-Info Nr. 242, Febr, Bonn, S. 39
- República de Bolivia, Ministerio e Desarrollo Humano, Secretaría nacional de Participación Popular 1997: El pulso de la democracia. Participación ciudadana y descentralización en Bolivia. Caracas: Nueva Sociedad
- Siebert, Boris 1999: Von breiter Mobilisierung zu "konstruktiver Kritik". In ILA-Info Nr. 223, März, Bonn, S. 4-6
- Siebert, Boris 2001: Die Hand mit vier Fingern. Ecuador ein Jahr nah seinem Souveränitätsverlust - Interview mit dem Ökonom Alberto Acosta. In: ILA-Info Nr. 243, März, Bonn, S. 7-9
- Stahn, Jürgen 2001: Neues Selbstbewußtsein. In: ILA-Info Nr. 242, Febr, Bonn, S. 36-38
- Stavenhagen, Rodolfo 1997: Indigene Völker: Neue Akteure in Lateinamerika. In. von Gleich, Utta (Hrsg.), Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt/M.: Veruert, S. 15 - 33 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde. 45
- Ströbele-Gregor, Juliana 1992: Vom indio zum mestizo.... zum indio. In: Dirmoser, Dietmar, u.a. (Hsg.), Lateinamerika - Analysen und Berichte 16. Münster und Hamburg: LIT, S. 95-11
- Ströbele-Gregor, Juliana 1993: Gleichheit in der Verschiedenheit - der multiethnische, plurikulturelle Staat als gesellschaftliche Vision indianischer Völker. In NORD-SÜD Aktuell, Jhg.VII, Nr. 2, Hamburg, S.284-291

Ströbele-Gregor, Juliana 1994a: Politische Kultur der Aymara und Quechua in Bolivien - Formen des eigenständigen Umgangs mit der Moderne: In: Baumann, Max Peter (Hrsg.) Kosmos in den Anden. Dietrich: Düsseldorf, S. 458-488

Ströbele-Gregor, Juliana 1994b: Abschied von Stief-Vater-Staat. Wie der neoliberale Rückzug des Staates die politische Organisierung der Ausgeschlossenen fördern kann. In: Dirmoser, Dietmar u.a. (Hrsg.) Lateinamerika - Analysen und Berichte 18. Bad Honnef: Horlemann, S. 106-130

Ströbele-Gregor, Juliana 1996: Culture and Political Practice of the Aymara and Quechua in Bolivia - Autonomous Patterns of Modernity in the Andes. In: Latin American Perspectives LAP, Issue 89, Vol 23, No.2, Spring 1996, Riverside S. 71-89

Ströbele-Gregor, Juliana 1997: Zwischen Konfrontation und Kooperation: Indianische Bewegung und Staat in Bolivien. In: von Gleich, Utta (Hrsg.), Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt/M.: Verfuert, S. 127 - 157 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde. 45

Ströbele-Gregor, Juliana 1999: Ley de Participación Popular y movimiento popular en Bolivia". In: Hengstenberg, Peter/Kohut, Karl/ Maihold, Günther (Eds): Sociedad Civil en América Latina: representación de intereses y gobernabilidad, Ed. Nueva Sociedad: Caracas, S.133-146

von Gleich, Utta (Hrsg.) 1997: Indigene Völker in Lateinamerika - Konfliktfaktor oder Entwicklungspotential? Frankfurt/M.: Verfuert (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde. 45

Wimmer, Andreas 1993: Ethnische Radikalismus als Gegenationalismus: Indianische Bewegung im 6.Jahrhundert nach Kolumbus. In: Peter R. Gerber (Hrsg.): 500 Jahre danach: Zur heutigen Lage der indigenen Völker beider Amerikas, Zürich: Rüegger, S.127-150